



Vierte Sitzung des Beirates bei der Koordinierungsstelle für digitale Dienste in der Bundesnetzagentur

Mai 2025

Bericht des Digital Services Coordinator

Verbraucherschutz | User-Beschwerden

Der DSC verzeichnet weiterhin kontinuierlich Beschwerden. Zum 28.04.2025 waren insgesamt fast 1400 Beschwerden wegen - mutmaßlicher - Verstöße gegen den Digital Services Act (DSA) eingegangen. Inhaltlich betreffen die Beschwerden überwiegend

- die nicht ausreichende Begründung bei Beschränkungen von Accounts, Inhalten oder Diensten durch die Diensteanbieter,
- die Benutzerfreundlichkeit der Meldewege bei illegalen Inhalten sowie
- die nicht ausreichende Begründung von Entscheidungen über die Entfernung bzw. Nicht-Entfernung von Inhalten.

Die meisten dieser Beschwerden betreffen Diensteanbieter mit Sitz außerhalb Deutschlands und sind im Wesentlichen den sehr großen Online-Plattformen (VLOPs) zuzuordnen.

Systemische Risiken

Einen Überblick über die Aktivitäten des DSC im Zusammenhang mit der Wahl zum 21. Deutschen Bundestag am 23. Februar 2025 enthält der hierzu erstellte Bericht.

Nationale Koordinierung

Bezüglich der Weiterleitung von Entfernungs- und Auskunftsanordnungen an die europäischen DSC gemäß Art. 9 und 10 DSA hat der DSC zur Umsetzung dieser Vorgaben begonnen, davon betroffene Behörden zu identifizieren, zu kontaktieren und die damit verbundenen Rechtsnormen zu erfassen. Die Rückmeldungen hierzu werden derzeit ausgewertet. Weiterhin sind in diesem Zusammenhang Informationsveranstaltungen geplant, um die zukünftigen Abläufe zu vermitteln.

Weiterhin wird an eine Verwaltungsvereinbarung abgestimmt, welche gemäß § 18 Digitale-Dienste-Gesetz (DDG) zwischen dem DSC und den weiteren zuständigen Behörden geschlossen werden kann.

Zertifizierung außergerichtlicher Streitbeilegungsstellen

Insgesamt sind beim DSC bislang fünf Anträge auf Zertifizierung als außergerichtliche Streitbeilegungsstelle eingereicht worden. Nach der Zertifizierung von User Rights GmbH (siehe Bericht zur

1. Sitzung des DSC-Beirats vom 18.09.2024) werden aktuell drei weitere Zertifizierungsanträge geprüft. Ein Antragsverfahren wurde ohne Entscheidung beendet, da das Verfahren in einem anderen EU-Land bereits abgeschlossen wurde.

Zulassung von Trusted Flaggern

Insgesamt haben bislang 26 Anträge den DSC erreicht. Die Anträge werden mit den vorhandenen Kapazitäten chronologisch nach deren Einreichung bearbeitet. Zwei Anträge wurden mittlerweile zurückgenommen. Drei Anträge wurden aufgrund mangelnder Rückmeldung bzw. Einzelpersonen als Antragstellende abgelehnt. Vier weitere Anträge wurden als nicht ernst gemeinte Anträge identifiziert und nicht weiter bearbeitet. Eine detaillierte Prüfung der offenen Anträge erfolgt fortlaufend.

Nationale Aufsicht

Insbesondere anhand eingehender User-Beschwerden über das Beschwerdeportal werden mögliche Verstöße gegen Bestimmungen des DSA identifiziert. Diensteanbieter werden zwecks Sachverhaltsaufklärung kontaktiert. Nach Auswertung der Rückmeldung wird über die Notwendigkeit weitergehender Maßnahmen entschieden. Gegenwärtig laufen Auskunftersuchen gegen zwölf Plattformbetreiber wegen möglicher DSA-Verstöße, darunter acht Plattformbetreiber mit Sitz außerhalb der EU, die in der EU keinen gesetzlichen Vertreter benannt haben. Darüber hinaus werden im Rahmen einer Onboarding-Kampagne seit März sukzessive alle Online Plattformen in unserer Zuständigkeit angeschrieben, die sich noch nicht entsprechend Art. 24 Abs. 5 DSA für die Statements of Reasons Datenbank der Kommission registriert haben.

Europäische Koordinierung

Sitzungen des European Board for Digital Services (EBDS) fanden am 10.02., 19.02., 27.03. und 29.04.2025 statt. Beim Treffen am 10.02.2025 wurde einer Umwandlung des Code of Practice on Disinformation in einen Code of Conduct gemäß Art. 45 DSA zugestimmt. Am 19.02.2025 wurde neben den fachlichen Diskussionen auch das „Jubiläum“ des DSA zum Anlass genommen, auf das erste Jahr der vollständigen Wirksamkeit und Durchsetzung zurückzublicken. Dies umfasste eine Diskussion von „good practices“ (etwa bei der Zusammenarbeit zwischen den nationalen DSCs) und einen Ausblick auf das zweite Jahr des EBDS, in dem die Arbeit in den acht Arbeitsgruppen vertieft werden soll. Das Treffen am 27.03.2025 war erstmalig ein Meeting auf Arbeitsebene, das allein dem technischen Informationsaustausch - unter anderem zum Stand der DSA-Verfahren - diente. Das nächste EBDS Meeting ist für den 23.05.2025 geplant.

Der DSC bringt sich weiterhin in die Arbeitsgruppen des Boards ein. Die anstehenden und durchgeführten EBDS-Treffen sowie der dazugehörigen Arbeitsgruppen wurden mit den weiteren zuständigen Behörden sowie dem Bundeskriminalamt abgestimmt.

Datenzugang für die Forschung

Die EU-Kommission hat in der EBDS-Arbeitsgruppensitzung am 14.04. einen überarbeiteten Entwurf des delegierten Rechtsakts zum Datenzugang zur Diskussion gestellt. Ergänzend soll ein Memorandum of Understanding die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen DSCs (insbesondere DSCs der Forschungseinrichtungen und DSCs of Establishments der VLOPSEs) regeln.

Ein Inkrafttreten des gelegierten Rechtsaktes im 2. Quartal 2025 scheint nicht mehr realistisch.

Forschungsvorhaben und Studien

Die in 2024 beauftragten Studien

- „Identifikation, Bewertung und Bekämpfung von systemischen Risiken“
- „Gesellschaftliche Auswirkungen systemischer Risiken auf Wahlen“
- „Gesellschaftliche Auswirkungen systemischer Risiken durch Suchtgefahr“

wurden auf der Website des DSC veröffentlicht.

Aktuell bereitet der DSC Ausschreibungen vom Forschungsstudien zu folgenden Themen vor:

- "Unternehmensbefragung zur DSA-Compliance von KMU in Deutschland: Erste Eindrücke zur Regeleinhaltung in der Praxis"
- "Inhaltsmoderation und inhaltlicher Beschränkungen bei Vermittlungsdiensten"
- "Umsetzung der Verordnung über die Transparenz und das Targeting politischer Werbung in Deutschland – Bestandsaufnahme der relevanten Akteure“